

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 17

16. Februar

1915

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

Auf Grund des § 36 e der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. Januar 1915 in der Fassung vom 6. Februar 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl wird den Händlern, Handelsmühlen, Bäckern und Konditoren in den Landgemeinden des Kreises hiermit verboten, Brot oder Mehl außerhalb des Bezirks ihrer gewerblichen Niederlassung abzugeben. Ausnahmen hiervon werden bis auf weiteres für diejenigen Bäder zugelassen, die vertragsmäßig Bädereierwaren an öffentliche Anstalten zu liefern haben.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Außerdem kann der Geschäftsbetrieb geschlossen werden.

Gießen, den 12. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Auf den Inhalt vorstehender Bekanntmachung sind die Beteiligten von Ihnen sofort noch besonders hinzuweisen.

Gießen, den 12. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Vorübergehende Aufhebung der Segezeit für weibliches Edel- und weibliches Damwild.

Großh. Ministerium des Innern hat mit Rücksicht auf die durch den Krieg bewirkte Einschränkung des Wildabschlusses gemäß § 3 der Verordnung vom 29. April 1914 im Interesse der Landwirtschaft den Beginn der Segezeit 1915 für weibliches Dam- und Edelwild auf den 1. März verlegt. Die durch frühere Verfügungen für einzelne Gegenden angeordneten weitergehenden Einschränkungen der Schonzeit für weibliches Rotwild bleiben bestehen.

Gießen, den 11. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Feldbrüggereverfahren.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die Feldbrüggeregister sind bis spätestens zum 26. d. Mts. an die Herren Amtsanwälte einzusenden. Einhaltung des Termins wird Ihnen zur Pflicht gemacht.

Gießen, den 11. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Nachstehende Einladung zur ordentlichen Mitglieder-Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins für die Provinz Oberhessen wird hiermit veröffentlicht.

Samstag, den 20. Februar 1915, nachmittags 1 Uhr, findet eine ordentliche Mitglieder-Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins für die Provinz Oberhessen im „Hotel-Restaurant Felsenkeller“ zu Gießen mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht über die allgemeine Geschäftslage.
2. Rechnung für 1913.
3. Voranschläge für 1914 und 1915.
4. Bewilligung von Mitteln für die Kriegsfürsorge.
5. Mitteilungen.
6. Vortrag des Landwirtschaftslehrers Dekonomierat Andrae zu Wüdingen: Landwirtschaft und Krieg.

Die Mitglieder des Vereins, sowie auch die Mitglieder des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Gießen und alle Freunde der Landwirtschaft werden hierzu ergebenst eingeladen.

Gießen, den 15. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Unterricht an den Fastnachtstagen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Auf Anordnung der obersten Schulbehörde darf der Unterricht an den Fastnachtstagen dieses Jahres nicht ausfallen.

Gießen, den 11. Februar 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Sicherstellung der Volksernährung während des Krieges.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung in gleichem Betreffe vom 23. v. Mts., Kreisblatt Nr. 9 von 1915 bringen wir zur Kenntnis der Bevölkerung, daß mit der morgigen Post 3000 Exemplare eines Kriegskochbuchs, sowie zunächst 1000 Exemplare eines Ernährungsmerkbuchs (Ratschläge für die Kriegszeit), herausgegeben von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin, an die Großherzoglichen Bürgermeistereien abgehen werden. Weitere 15 000 Exemplare des Ernährungsmerkbuchs sind unterwegs und werden gleichfalls zur Verteilung in Kürze folgen.

Das Publikum wird in vaterländischem Interesse dringend ersucht, die in dem Ernährungsmerkblatt und dem Kriegskochbuch gegebenen Ratschläge zu beachten und ihnen nachzuleben.

Gießen, den 12. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hechler.

An die Großh. Bürgermeisterien und die Schulvorstände der Landgemeinden des Kreises.

Die den Großh. Bürgermeistereien unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl in den einzelnen Gemeinden zugehenden Exemplare des Kriegskochbuchs sowie des Ernährungsmerkbuchs sind alsbald innerhalb der Gemeinde entsprechend zu verteilen.

Es empfiehlt sich, insbesondere in größeren Gemeinden, bei der Verteilung die Hilfe der Schulen in Anspruch zu nehmen, weshalb sich die Großh. Bürgermeistereien mit den Schulvorständen und den Herren Lehrern alsbald dieserhalb in geeigneter Weise ins Benehmen setzen wollen.

Die Zahl der den Großh. Bürgermeistereien in einigen Tagen noch weiter zugehenden Merkblätter ist so bemessen, daß auf jede Haushaltung ein Merkblatt entfallen wird. Bis dahin werden sich benachbarte Haushaltungen mit einem Merkblatt behelfen können.

Gießen, den 12. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Landespolizeiliche Abnahme zweier Aufstellungsgleise auf Bahnhof Grünberg (Oberhessen).

Nachdem zwei neue Aufstellungsgleise am Bahnhof Grünberg fertig gestellt sind, ist Termin zu deren landespolizeilicher Abnahme auf Dienstag, den 2. März 1915, nachm. 3 Uhr, an Ort und Stelle festgesetzt.

Etwasige Einsprüche gegen die Ausführung des Projekts sind bei Meldung des Ausschusses im Termin vorzubringen.

Gießen, den 10. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hechler.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit veröffentlicht.

Gießen, den 4. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B. Hechler.

Bekanntmachung.

Aber Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges. Vom 28. Januar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I.

§ 1. Die Vorschrift des § 3 des Gesetzes, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, vom 4. August

Carl Schunck, langjährig. Militärlieferant, mit Kriegslieferungen für die Kruppwerke beauftragt. Gießen, den 10. Februar 1915. Stauch, hiesig. Gerichtsvollzieher.

Carl Schunck, langjährig. Militärlieferant, mit Kriegslieferungen für die Kruppwerke beauftragt. Gießen, den 10. Februar 1915. Stauch, hiesig. Gerichtsvollzieher.

1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) gilt auch für diejenigen, welche zur Zeit ihres Eintritts in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste für das Reich oder die österreichisch-ungarische Monarchie zwar gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung zur Weiterversicherung berechtigt waren, von dieser Berechtigung aber keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Kasse kann die im Abs. 1 bezeichneten Personen, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt in die Krankenversicherung bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kassenleistung.

§ 2. Als Hausgewerbetreibende im Sinne der statutarischen Bestimmungen, die auf Grund des § 3 des Gesetzes, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 337) erlassen worden sind oder noch erlassen werden, gelten auch diejenigen, welche in gleicher Weise wie Hausgewerbetreibende (§ 162 der Reichsversicherungsordnung), aber mit der Maßgabe tätig sind, daß sie nicht für andere Gewerbetreibende, sondern im Auftrag und für Rechnung des Reichs, eines Bundesstaats, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde, anderer öffentlicher Verbände oder öffentlicher Körperschaften oder von Wohltätigkeitsveranstaltungen, wie vom Roten Kreuz, vom Vaterländischen Frauenverein u. dgl., arbeiten.

§ 3. Während der Geltung des Gesetzes, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 337) wird für bestehende Krankenkassen die Gleichwertigkeit der Leistungen (§§ 259ff. der Reichsversicherungsordnung) nicht festgestellt.

II.

§ 4. Auf Wochenhilfe gemäß §§ 1, 3 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 492) haben während der weiteren Dauer des gegenwärtigen Krieges auch Wöchnerinnen Anspruch, deren Ehemänner

1. zu der gegen Entgelt beschäftigten, aber nach § 165 Abs. 1 Nr. 7 der Reichsversicherungsordnung nicht gegen Krankheit versicherten Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Tage des Kriegsausbruchs oder darüber hinaus gehört haben,
 2. als regelmäßigen Jahresarbeitsverdienst an Entgelt nicht mehr als zweitausendfünfhundert Mark beziehen und
 3. der Voraussetzung des § 1 Nr. 1 der bezeichneten Bekanntmachung entsprechen.
- § 5. Der Antrag auf Gewährung dieser Wochenhilfe ist zu richten:

sofern die Wöchnerin selbst bei einer Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, knappschaftlichen Krankenkasse oder Erbschaftskasse versichert ist, an diese,

in allen anderen Fällen an die allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, in die Landkrankenkasse, zu deren Bezirk der Wohnort der Wöchnerin gehört.

Diese Kasse gibt den Antrag mit einer gutachtlichen Äußerung unverzüglich an den Vorstand der See-Versicherungsgenossenschaft in Hamburg weiter, der die Leistung der Wochenhilfe obliegt. Dieser Vorstand kann gegen eine Vergütung von zwei Mark für jeden einzelnen Fall der Wochenhilfe die Kasse mit Auszahlung der Wochenhilfe und mit Durchführung der dafür sonst nötigen Maßnahmen beauftragen.

Gewährt die beauftragte eigene Krankenkasse der Wöchnerin nach der Satzung ihren weiblichen Mitgliedern freie Behandlung durch Hebammen und Arzt sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden, so verwendet es bei dieser Art der Leistung statt der baren Beihilfe nach § 3 Nr. 1 und 3 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914. Der Kassenvorstand hat den Vorstand der See-Versicherungsgenossenschaft alsbald bei Weitergabe des Antrags entsprechend zu benachrichtigen. Im übrigen ist die Wochenhilfe bar zu leisten.

Die Bestimmungen der §§ 5 bis 7 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 gelten entsprechend. Die vorausgesetzten Beträge sind stets dem Versicherungsamte der Kasse (Abs. 1) nachzuweisen. Bei Beanstandung ist die See-Versicherungsgenossenschaft am Verfahren zu beteiligen.

§ 6. Wöchnerinnen, die selbst zu der gegen Entgelt beschäftigten, aber nach § 165 Abs. 1 Nr. 7 der Reichsversicherungsordnung nicht gegen Krankheit versicherten Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Tage des Kriegsausbruchs oder darüber hinaus gehört haben, hat die See-Versicherungsgenossenschaft die im § 3 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 bezeichnete Wochenhilfe aus eigenen Mitteln zu gewähren, wenn sie darauf keinen Anspruch nach § 4 dieser Verordnung haben. § 7 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 gilt entsprechend.

III.

§ 7. Die Zeit einer Befreiung von der Versicherung auf Grund der §§ 418, 435 der Reichsversicherungsordnung gilt der Zeit des Versicherungseins im Sinne des § 1 Nr. 2 und des § 8 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 gleich.

Für die Leistung der Wochenhilfe gilt § 2 der im Abs. 1 bezeichneten Bekanntmachung mit der Maßgabe, daß, wenn der Ehemann der Wöchnerin zuletzt auf Grund der §§ 418, 435 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherung befreit war und die Wöchnerin selbst keiner Krankenkasse angehört, die Wochenhilfe durch diejenige Kasse zu leisten ist, welcher der Ehemann ohne die Befreiung hätte angehören müssen.

Ist auch die Wöchnerin selbst auf Grund des § 418 oder des § 435 der Reichsversicherungsordnung befreit, so hat der Arbeitgeber der Kasse das Wochengeld zu erstatten, das er nach der Reichsversicherungsordnung zu zahlen haben würde.

§ 8. Wöchnerinnen, die selbst auf Grund des § 418 oder des § 435 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherung befreit sind und Anspruch auf Wochenhilfe nach §§ 195, 419 Abs. 2, § 435 der Reichsversicherungsordnung, nicht aber nach § 1 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 haben, hat ihr Arbeitgeber während der weiteren Dauer des gegenwärtigen Krieges die im § 3 Nr. 1, 3 und 4 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 bezeichneten Leistungen aus eigenen Mitteln zu gewähren. § 422 der Reichsversicherungsordnung gilt entsprechend.

IV.

§ 9. Die Vorschrift des § 197 der Reichsversicherungsordnung über die Erstattung von Wochengeld gilt auch für alle übrigen Leistungen an Wochenhilfe, welche die Kassen und Arbeitgeber auf Grund dieser Bekanntmachung sowie der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 aus eigenen Mitteln zu leisten haben.

§ 10. Wöchnerinnen der im § 1 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 sowie in §§ 4, 7, dieser Bekanntmachung bezeichneten Art, die vor dem Eintritt ihrer Ehemänner in die Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Dienste entbunden worden sind, erhalten vom Tage dieses Eintritts ab das Wochengeld auf 8 und das Stillgeld auf 12 Wochen, jedoch in beiden Fällen abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem Tage des Eintritts liegenden Zeit.

§ 11. Diese Vorschriften treten mit ihrer Verkündung in Kraft, und zwar die des § 1 mit Wirkung vom 4. August 1914, die der §§ 4 bis 10 mit Wirkung vom 3. Dezember 1914 ab.

Der Bundesrat behält sich vor, den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der vorstehenden Vorschriften zu bestimmen.

Berlin, den 28. Januar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot.
Vom 3. Februar 1915.

Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 21. Januar 1915 über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot wird der § 3 unserer Bekanntmachung vom 11. Januar 1915 (Darmstädter Zeitung Nr. 10 vom 13. Januar 1915) dahin ergänzt, daß die Großh. Kreisämter ermächtigt werden, auch das Verfüttern von Hafer an andere Tiere als Pferde unter den dort angegebenen Voraussetzungen im Einzelfall nach Anhörung von Sachverständigen zuzulassen.

Das Verfüttern von Hafer an Pferde und andere Einhufer ist nach § 1 Abs. 2 der genannten Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers gestattet.

Darmstadt, den 3. Februar 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Domborgl.

Krämer.

Bekanntmachung.

Betr.: Landespolizeiliche Abnahme der Gleisveränderungen auf dem Bahnhof Lollar.

Termin zur landespolizeilichen Abnahme der fertiggestellten obigen Arbeiten ist auf

Donnerstag, den 25. Februar l. Js.,
nachmittags 2 1/2 Uhr,

an Ort und Stelle festgesetzt.

Etwaige Einsprüche gegen die Ausführung des Projekts sind bei Meldung des Ausschlusses im Termin vorzubringen.

Gießen, den 10. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die zur Entlassung kommenden Schüler, die ein Handwerk erlernen wollen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen steht nach den jetzt geltenden Bestimmungen nicht mehr allen Handwerkern zu.

Jeder Handwerker, der künftig Lehrlinge anleiten will, muß sich im Besitze eines schriftlichen Ausweises hierüber befinden. Als solche gelten bei abgelegter Meisterprüfung die ausgestellten Meisterbriefe, in allen anderen Fällen die von der Verwaltungsbehörde ausgestellten Bescheinigungen über die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen.

Wir erlauben Sie deshalb, die zur Entlassung kommenden Schüler, die ein Handwerk erlernen wollen, und deren Eltern durch die Lehrer darauf aufmerksam machen zu lassen, daß sie sich vor Eingehung eines Lehrverhältnisses erst darüber vergewissern, ob der in Aussicht genommene Lehrmeister auch tatsächlich die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen besitzt. Auch erscheint ein Hinweis darauf angebracht, daß die Aussichten im Handwerk gegenwärtig wieder günstiger sind.

Gießen, den 13. Februar 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Hemmerde.

1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) gilt auch für diejenigen, welche zur Zeit ihres Eintritts in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste für das Reich oder die österreichisch-ungarische Monarchie zwar gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung zur Weiterversicherung berechtigt waren, von dieser Berechtigung aber keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Kasse kann die im Abs. 1 bezeichneten Personen, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt in die Krankenversicherung bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kassenleistung.

§ 2. Als Hausgewerbetreibende im Sinne der statutarischen Bestimmungen, die auf Grund des § 3 des Gesetzes, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 337) erlassen worden sind oder noch erlassen werden, gelten auch diejenigen, welche in gleicher Weise wie Hausgewerbetreibende (§ 162 der Reichsversicherungsordnung), aber mit der Maßgabe tätig sind, daß sie nicht für andere Gewerbetreibende, sondern im Auftrag und für Rechnung des Reichs, eines Bundesstaats, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde, anderer öffentlicher Verbände oder öffentlicher Körperschaften oder von Wohltätigkeitsveranstaltungen, wie vom Roten Kreuz, vom Vaterländischen Frauenverein u. dgl., arbeiten.

§ 3. Während der Geltung des Gesetzes, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 337) wird für bestehende Krankenkassen die Gleichwertigkeit der Leistungen (§§ 259ff. der Reichsversicherungsordnung) nicht festgestellt.

II.

§ 4. Auf Wochenhilfe gemäß §§ 1, 3 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 492) haben während der weiteren Dauer des gegenwärtigen Krieges auch Wöchnerinnen Anspruch, deren Ehemänner

1. zu der gegen Entgelt beschäftigten, aber nach § 165 Abs. 1 Nr. 7 der Reichsversicherungsordnung nicht gegen Krankheit versicherten Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Tage des Kriegsausbruchs oder darüber hinaus gehört haben,
 2. als regelmäßigen Jahresarbeitsverdienst an Entgelt nicht mehr als zweitausendfünfhundert Mark beziehen und
 3. der Voraussetzung des § 1 Nr. 1 der bezeichneten Bekanntmachung entsprechen.
- § 5. Der Antrag auf Gewährung dieser Wochenhilfe ist zu richten:

sofern die Wöchnerin selbst bei einer Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, knappschaftlichen Krankenkasse oder Erbschaftskasse versichert ist, an diese,

in allen anderen Fällen an die allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, in die Landkrankenkasse, zu deren Bezirk der Wohnort der Wöchnerin gehört.

Diese Kasse gibt den Antrag mit einer gutachtlichen Äußerung unverzüglich an den Vorstand der See-Versicherungsgenossenschaft in Hamburg weiter, der die Leistung der Wochenhilfe obliegt. Dieser Vorstand kann gegen eine Vergütung von zwei Mark für jeden einzelnen Fall der Wochenhilfe die Kasse mit Auszahlung der Wochenhilfe und mit Durchführung der dafür sonst nötigen Maßnahmen beauftragen.

Gewährt die beauftragte eigene Krankenkasse der Wöchnerin nach der Satzung ihren weiblichen Mitgliedern freie Behandlung durch Hebammen und Arzt sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden, so verwendet es bei dieser Art der Leistung statt der baren Beihilfe nach § 3 Nr. 1 und 3 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914. Der Kassenvorstand hat den Vorstand der See-Versicherungsgenossenschaft alsbald bei Weitergabe des Antrags entsprechend zu benachrichtigen. Im übrigen ist die Wochenhilfe bar zu leisten.

Die Bestimmungen der §§ 5 bis 7 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 gelten entsprechend. Die vorausgesetzten Beträge sind stets dem Versicherungsamte der Kasse (Abs. 1) nachzuweisen. Bei Beanstandung ist die See-Versicherungsgenossenschaft am Verfahren zu beteiligen.

§ 6. Wöchnerinnen, die selbst zu der gegen Entgelt beschäftigten, aber nach § 165 Abs. 1 Nr. 7 der Reichsversicherungsordnung nicht gegen Krankheit versicherten Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Tage des Kriegsausbruchs oder darüber hinaus gehört haben, hat die See-Versicherungsgenossenschaft die im § 3 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 bezeichnete Wochenhilfe aus eigenen Mitteln zu gewähren, wenn sie darauf keinen Anspruch nach § 4 dieser Verordnung haben. § 7 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 gilt entsprechend.

III.

§ 7. Die Zeit einer Befreiung von der Versicherung auf Grund der §§ 418, 435 der Reichsversicherungsordnung gilt der Zeit des Versicherungseins im Sinne des § 1 Nr. 2 und des § 8 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 gleich.

Für die Leistung der Wochenhilfe gilt § 2 der im Abs. 1 bezeichneten Bekanntmachung mit der Maßgabe, daß, wenn der Ehemann der Wöchnerin zuletzt auf Grund der §§ 418, 435 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherung befreit war und die Wöchnerin selbst keiner Krankenkasse angehört, die Wochenhilfe durch diejenige Kasse zu leisten ist, welcher der Ehemann ohne die Befreiung hätte angehören müssen.

Ist auch die Wöchnerin selbst auf Grund des § 418 oder des § 435 der Reichsversicherungsordnung befreit, so hat der Arbeitgeber der Kasse das Wochengeld zu erstatten, das er nach der Reichsversicherungsordnung zu zahlen haben würde.

§ 8. Wöchnerinnen, die selbst auf Grund des § 418 oder des § 435 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherung befreit sind und Anspruch auf Wochenhilfe nach §§ 195, 419 Abs. 2, § 435 der Reichsversicherungsordnung, nicht aber nach § 1 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 haben, hat ihr Arbeitgeber während der weiteren Dauer des gegenwärtigen Krieges die im § 3 Nr. 1, 3 und 4 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 bezeichneten Leistungen aus eigenen Mitteln zu gewähren. § 422 der Reichsversicherungsordnung gilt entsprechend.

IV.

§ 9. Die Vorschrift des § 197 der Reichsversicherungsordnung über die Erstattung von Wochengeld gilt auch für alle übrigen Leistungen an Wochenhilfe, welche die Kassen und Arbeitgeber auf Grund dieser Bekanntmachung sowie der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 aus eigenen Mitteln zu leisten haben.

§ 10. Wöchnerinnen der im § 1 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 sowie in §§ 4, 7, dieser Bekanntmachung bezeichneten Art, die vor dem Eintritt ihrer Ehemänner in die Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Dienste entbunden worden sind, erhalten vom Tage dieses Eintritts ab das Wochengeld auf 8 und das Stillgeld auf 12 Wochen, jedoch in beiden Fällen abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem Tage des Eintritts liegenden Zeit.

§ 11. Diese Vorschriften treten mit ihrer Verkündung in Kraft, und zwar die des § 1 mit Wirkung vom 4. August 1914, die der §§ 4 bis 10 mit Wirkung vom 3. Dezember 1914 ab.

Der Bundesrat behält sich vor, den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der vorstehenden Vorschriften zu bestimmen.

Berlin, den 28. Januar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot.
Vom 3. Februar 1915.

Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 21. Januar 1915 über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot wird der § 3 unserer Bekanntmachung vom 11. Januar 1915 (Darmstädter Zeitung Nr. 10 vom 13. Januar 1915) dahin ergänzt, daß die Großh. Kreisämter ermächtigt werden, auch das Verfüttern von Hafer an andere Tiere als Pferde unter den dort angegebenen Voraussetzungen im Einzelfall nach Anhörung von Sachverständigen zuzulassen.

Das Verfüttern von Hafer an Pferde und andere Einhufer ist nach § 1 Abs. 2 der genannten Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers gestattet.

Darmstadt, den 3. Februar 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Domborgl.

Krämer.

Bekanntmachung.

Betr.: Landespolizeiliche Abnahme der Gleisveränderungen auf dem Bahnhof Lollar.

Termin zur landespolizeilichen Abnahme der fertiggestellten obigen Arbeiten ist auf

Donnerstag, den 25. Februar l. Js.,
nachmittags 2 1/2 Uhr,

an Ort und Stelle festgesetzt.

Etwaige Einsprüche gegen die Ausführung des Projekts sind bei Meldung des Ausschlusses im Termin vorzubringen.

Gießen, den 10. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die zur Entlassung kommenden Schüler, die ein Handwerk erlernen wollen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen steht nach den jetzt geltenden Bestimmungen nicht mehr allen Handwerkern zu.

Jeder Handwerker, der künftig Lehrlinge anleiten will, muß sich im Besitze eines schriftlichen Ausweises hierüber befinden. Als solche gelten bei abgelegter Meisterprüfung die ausgestellten Meisterbriefe, in allen anderen Fällen die von der Verwaltungsbehörde ausgestellten Bescheinigungen über die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen.

Wir erlauben Sie deshalb, die zur Entlassung kommenden Schüler, die ein Handwerk erlernen wollen, und deren Eltern durch die Lehrer darauf aufmerksam machen zu lassen, daß sie sich vor Eingehung eines Lehrverhältnisses erst darüber vergewissern, ob der in Aussicht genommene Lehrmeister auch tatsächlich die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen besitzt. Auch erscheint ein Hinweis darauf angebracht, daß die Aussichten im Handwerk gegenwärtig wieder günstiger sind.

Gießen, den 13. Februar 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Hemmerde.